

Verantwortliche Redakteure.

Für den politischen Theil: E. Fontane, für Feuilleton und Vermischtes: J. Steinbach, für den übrigen redakt. Theil: J. Sachseld, sämtlich in Posen. Verantwortlich für den Inseratentheil: J. Klugkist in Posen.

Posener Zeitung

Achtundneunzigster

Jahrgang.

Inserate werden angenommen in Posen bei der Expedition in Zeitung, Wilhelmstraße 17, Gnl. Ad. Schlegel, Hoflieferant, Gr. Gerber- u. Breiterstr. Ecke, Otto Kiehl, in Firma J. Neumann, Wilhelmplatz 8, in den Städten der Provinz Posen bei unseren Agenturen, ferner bei den Annoncen-Expeditionen Rudolf Hoffe, Saatenstein & Fogler A.-G., G. J. Dautz & Co., Invalidenthau.

Ar. 375

Mittwoch, 3. Juni.

1891

Die „Posener Zeitung“ erscheint wochentlich drei Mal, am Sonntag und Festtage folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal, an Sonn- und Festtagen ein Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für ganz Preussischland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Inserate, die sich gespaltenen Zeilen oder deren Raum in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite 30 Pf., in der Mittagsausgabe 25 Pf., an bezugsreicher Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die Mittagsausgabe bis 8 Uhr Vormittags, für die Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen

Zur Amtseinführung des neuen Ersten Bürgermeisters.

Der heutige Tag ist für unser Gemeinwesen ein wichtiger und bedeutungsvoller. In unserem altherwürdigen Rathhause findet heut Mittag die feierliche Einführung des neugewählten Ersten Bürgermeisters der Stadt Posen, Herrn Witting, in sein Amt statt. Es ist eine schwierige und verantwortungsreiche Aufgabe, welche mit diesem Akt in die Hände des neuen Bürgermeisters gelegt wird. Die ungünstigen Erwerbsverhältnisse und die Theuerung der nothwendigen Lebensbedürfnisse haben auf die Gestaltung der finanziellen Lage unserer ohnehin armen Kommune nachtheilig eingewirkt, und es bedarf einer weisen Sparsamkeit in der Verwaltung, um die Ausgaben im Gleichgewicht mit den Einnahmen zu erhalten. Diese finanziellen Sorgen werden dadurch erhöht, daß die Kommune vor großen Aufgaben steht, deren Lösung in den nächsten Jahren erfolgen muß und ansehnliche Opfer erfordert. Wir nennen nur das Eindeichungsprojekt, den Bau eines Stadthauses, die Durchführung der begonnenen Kanalisation, die nothwendigen Schulbauten und eine durchgreifende Verbesserung des Straßenpflasters. Unser lebendig aufblühendes Gemeinwesen und nicht minder die Ausführung der neuen sozial- und finanzpolitischen Gesetze führen der städtischen Verwaltung immer neue Aufgaben zu und erweitern stetig den Kreis der derselben unterstellten Organe.

Die oberste Leitung der städtischen Verwaltung wird heut in die Hände eines Mannes gelegt, zu dem wir das Vertrauen haben, daß er sich der schweren Aufgabe, die er übernimmt, im vollsten Maße gewachsen zeigen wird. Noch jung an Jahren hat Herr Witting doch bereits Gelegenheit gehabt, in der Verwaltung der Reichshauptstadt und später als Mitglied des Magistrats der Stadt Danzig reiche und vielseitige Erfahrungen zu sammeln. Seine hervorragende Begabung und vielseitige Bildung bieten die Gewähr dafür, daß er diese Erfahrungen im Interesse unserer Kommune nutzbar machen wird. Er ist es gewöhnt, seine volle Thatkraft und Einsicht an die Lösung der ihm übertragenen Aufgaben zu setzen, und er versteht es, die ihm entgegretenden Schwierigkeiten mit Geduld und richtigem Takt zu überwinden. So begleiten wir denn seinen Eintritt in die Verwaltung unserer Stadt mit unseren besten Wünschen. Möge seine Thätigkeit der Kommune zum Segen gereichen und möge er, getragen von der Achtung und dem Vertrauen der Bürgerschaft, in seinem neuen Amte die innere Befriedigung finden, die für ein gedeihliches Wirken unerlässlich und die der beste Lohn treuer Arbeit ist.

Die Erklärung des Ministerpräsidenten.

Als wir an dieser Stelle vor fünf Tagen nach der Getreidezoll-Debatte im Abgeordnetenhaus die Meinung aussprachen, daß die Erklärungen der Minister v. Boetticher und v. Heyden als eine verblühte Abweisung der Forderung einer sofortigen Herabsetzung der Getreidezölle zu betrachten seien, standen wir mit dieser unserer Auffassung in der Presse ziemlich vereinzelt da. Schon am nächsten Tage brachte die „Nat.-Ztg.“ eine anscheinend offiziöse Erklärung, welche mit ziemlicher Sicherheit einen baldigen, dem allgemeinen Verlangen des Volkes entsprechenden Beschluß des preussischen Staatsministeriums ankündigte, und wir mußten bei den bekannten guten Beziehungen des nationalliberalen Blattes annehmen, daß diese Nachricht wohlbegründet sei, und daß wir uns mit unserer pessimistischen Beurtheilung der Verhältnisse getäuscht hatten. Die gestrige militärisch-präzise Erklärung des Ministerpräsidenten im Abgeordnetenhaus hat nun alle Zweifel zerstreut und — leider — unsere Auffassung vollkommen bestätigt.

Je zuverlässlicher in den letzten Tagen die Erwartung war, daß die Entscheidung des Ministeriums, die ja mit anerkennenswerther Schnelligkeit getroffen und bekannt gegeben worden ist, eine dem Verlangen der großen Masse des Volkes günstige sein werde, um so tiefer und nachhaltiger ist nun auch das Gefühl bitterer Enttäuschung. Das Staatsministerium hat einen überaus folgenschweren Entschluß gefaßt, und wir

stehen damit am Anfange einer bedeutungsvollen Entwicklung. Die Regierung ist sich selbst eingestandenemassen der Schwere ihrer Verantwortung vollbewußt. Sie muß sich sagen, daß sie keinen Entschluß fassen konnte, der an Unpopularität dem hier in Rede stehenden gleichkäme. Durch den Gang der Verhältnisse, auf den sie nur sehr unwesentlich einwirken konnte, ist die Regierung in eine Lage gebracht worden, in der Alles, was sie thut oder unterläßt, eine ungewöhnliche persönliche Zuspitzung erhält. Wie die Suspension der Getreidezölle — ob nun beabsichtigt oder nicht — jedenfalls eine praktische Maßnahme gegen die bisherige agrarische Politik gewesen wäre, so charakterisirt sich das Festhalten am Fünftausendzoll als ein offenes und unzweideutiges Bekenntniß zu Gunsten jener Politik und die Frage, ob alter oder neuer Kurs, ist durchaus zu Gunsten des alten entschieden. Herr v. Caprivi und seine Kollegen im preussischen Ministerium können unmöglich darüber in Zweifel sein, daß der Rückschlag auf Seiten der öffentlichen Meinung um so heftiger werden muß, je größer das Vertrauen auf eine befreiende That geworden war. Hätte das Staatsministerium vor vier Wochen, als das Drängen nach Ermäßigung der Zölle noch nicht so lebhaft geworden war, einen ähnlichen Entschluß, wie den jetzt gefaßten, kundgegeben, dann wäre die Einwirkung desselben auf die Volksstimmung jedenfalls erheblich schwächer gewesen. Jetzt dagegen stoßen die Forderungen des größten Theiles der Nation mit dem Willen der Regierung so hart zusammen, daß man ziemlich weit in unserer Geschichte zurückgehen muß, um sich eines ähnlichen Zwiespalts zwischen der Volksmeinung und den Trägern der Regierungsgewalt zu entsinnen.

Daß die Entschlüsse, denen der Ministerpräsident gestern Ausdruck gegeben hat, im Staatsministerium ohne Widerspruch gefaßt sein sollten, ist nicht wahrscheinlich. Es war wohl die Ansicht der dem gefaßten Beschlusse widerstrebenden Mitglieder des Kollegiums, die in den oben-erwähnten Mittheilungen der „Nat. Ztg.“ wiedergegeben wurde. Die widerstrebenden Minister haben aber mit ihrer Meinung nicht durchbringen können und haben sich der Mehrheit gefügt. Einen Nachklang von den im Schooße des Ministeriums geführten Verhandlungen kann man in dem Theile der Rede des Ministerpräsidenten erblicken, welcher sich mit der Spekulation beschäftigt. Herr v. Caprivi erkannte an, daß die Spekulation nothwendig und nützlich sei, weil sie die Aufgabe habe, die Versorgung der Bevölkerung mit demjenigen Quantum Getreide zu vermitteln, welches Deutschland zur Befriedigung seines eigenen Bedarfs nicht erzeugen kann. Bei diesem Theile der Rede ist auch kein Beifallszeichen der sonst freudig erregten Konservativen verzeichnet.

Die Verantwortung, welche das preussische Ministerium zu tragen hat, vermindert sich keineswegs, wenn man das Verhältniß Preußens zu den übrigen Bundesstaaten betrachtet. Freilich lag für Herrn v. Caprivi keine Nothwendigkeit vor, diese Seite der Sache in seiner Rede zu berühren. Bei der Debatte, die sich unzweifelhaft in den nächsten Tagen, vielleicht schon morgen, an die Auslassungen des Ministerpräsidenten knüpfen wird, dürfte aber dafür gesorgt werden, daß der oberste Beamte des Reiches und des preussischen Staates sich auch darüber äußert. Herr v. Caprivi hätte es gewiß nicht unterlassen auf die Uebereinstimmung der preussischen mit den übrigen Bundesregierungen hinzuweisen, wenn diese Uebereinstimmung vorhanden wäre. Sie ist es aber nicht. Trotzdem werden sich die Regierungen der größeren Bundesstaaten jetzt dem Beschlusse der preussischen Regierung fügen.

In den bevorstehenden Verhandlungen im Abgeordnetenhaus wird ja Alles gesagt werden, was im Einzelnen den Auslassungen des Ministerpräsidenten entgegeng gehalten werden kann, wir wollen uns also darauf beschränken auf einen Punkt hinzuweisen. Herr v. Caprivi hat es unterlassen zu sagen, was denn dagegen einzuwenden wäre, wenn der Getreidezoll schon jetzt auf den in dem Handelsvertrage mit Oesterreich vereinbarten Satz von 3 1/2 M. herabgesetzt würde. Hätte sich die Regierung wenigstens zu diesem Auswege entschlossen, so würde sie allerdings die Bevölkerung nicht ganz zufrieden gestellt haben, aber sie hätte doch die größte Unzufriedenheit dadurch beseitigt und den im Winter bevorstehenden Verhandlungen über den Handelsvertrag vortrefflich vorgearbeitet, weil dann einfach ein schon bestehender Zustand für die Dauer von 12 Jahren zu verlängern gewesen wäre. Das Prinzip ihrer Wirtschaftspolitik würde die Regierung dadurch nicht angefaßt haben, weil sie nur einen Zustand um wenige Monate früher hergestellt haben würde, den sie ja doch gesetzlich festzulegen gewillt ist.

Deutschland.

Δ Berlin, 2. Juni. Die hiesige, von Sozialdemokraten gegründete Arbeiterbildungsschule (gegen die Bezeichnung der Schule als einer sozialdemokratischen protestiren die Sozialdemokraten, weil die Schule unpolitisch sei) hat bis jetzt zwanzig Lehrer angestellt. Der Andrang von Schülern hat zwar etwas nachgelassen, übersteigt aber immer noch das normale Maß. Das Honorar für den einzelnen Kursus beträgt bis jetzt 75 Pf. für das Halbjahr, soll jedoch auf 1 Mark erhöht werden. Neben den Zeiträumen der Zöglinge sind der Schule freiwillige Gaben in ziemlich hoher Höhe zugeflossen. Der eigentliche Gründer, Abg. Liebknecht, ist nicht als Lehrer thätig, vertritt jedoch in einzelnen Fällen andere Lehrer. Als Theilnehmer am Unterricht werden männliche, wie weibliche Personen nach dem vollendeten 18. Lebensjahre zugelassen. In den einzelnen Lehrfächern wird wöchentlich 1—2 Mal, jedesmal 2 Stunden hindurch, unterrichtet und zwar mit Frage und Antwort. — Von den Griechen in Korfu wurden seither alljährlich Tausende Kisten von Paradiesäpfeln an die Juden aller Länder verkauft. Sie wurden zunächst nach Triest gebracht und von dort überallher zum Gebrauch am Laubhüttenfeste bezogen. Man schätzte den dafür gezahlten Gesamtbetrag enorm hoch; einzelne Exemplare wurden mit 10, 20 und mehr Gulden bezahlt. In einer jüdischen Wochenschrift bezeichnet jetzt ein Rabbiner (Dr. Südemann) diese Kente, welche Korfu von den Juden bezieht, als eine Prämie dafür, daß die Griechen in Korfu alljährlich zu Ostern eine Judenverfolgung einleiteten und die Juden mit allen Schrecken und Ängsten des Mittelalters heimsuchten. Er schlägt nun als Reppesalie vor, daß künftig nur noch Paradiesäpfel (der hebräische Name ist Esrogim) von Palästina bezogen werden. Von diesem Entschlusse solle man die Zwischenhändler in Triest sofort benachrichtigen. Die Redaktion der jüdischen Wochenschrift fügt hinzu: „Wir zweifeln nicht, daß dieser Vorschlag allenthalben acceptirt und zur Ausführung gelangen wird;“ das würde den Juden gewiß Niemand verdenken können. — Ist der Chauvinismus eine stark verbreitete Eigenschaft unserer Zeitgenossen? Ist er nicht bloß jenseit, sondern auch diesseit des Rheines zu Hause? Was hat man überhaupt unter Chauvinismus zu verstehen? diese Fragen drängen sich wohl einem Jeden manchmal auf und es verlohnt, über ihre richtige Beantwortung nachzudenken. Der nachmalige Kaiser Friedrich sprach als Kronprinz das bekannte Wort, vor dem Chauvinismus müssen wir Abscheu haben als vor einer undeutlichen Eigenschaft, denn die deutsche Sprache besitze nicht einmal ein Wort für diesen Begriff. Diese Aeußerung des Kaisers entstammte einer vortrefflichen Gesinnung, aber die als Beleg angeführte sprachliche Thatsache hat aus dem Grunde keine recht beweisende Kraft, weil das Wort in Frankreich weder viel älter, noch minder unbestimmt und vieldeutig ist als bei uns, obwohl wir es in der Gestalt eines französischen Fremdwortes haben. Haben wie drüben schwanft sein Inhalt zwischen fränkischer oder herausfordernder Feindseligkeit gegen andere Nationen mit Ablehnung guten Einvernehmens, ferner dem Pochen auf erreichte oder erhoffte kriegerische Erfolge und Macht des eigenen Volkes, endlich dem Vorwalten militärischer Anschauungen beim Behandeln allgemein staatlicher, bürgerlicher Dinge. Das vielgebrauchte und vielfinnige Wort behandelte in der letzten Sitzung der Berliner Gesellschaft für das Studium der neueren Sprachen der berühmte Romanist Prof. A. Tobler und versuchte namentlich seinen Ursprung festzustellen. Die verbreitete Annahme, der Chauvinismus sei so benannt nach einer Chauvin heißenden Person eines Stückes Le Soldat laboureur von Scribe, ist unrichtig. Denn weder hat Scribe ein so benanntes Stück verfaßt, noch findet sich in seinem gesammelten Theater eine Person mit Namen Chauvin. Wohl aber trifft man einen Chauvin in dem 1831 auf der Bühne der Folies dramatiques zum ersten Mal gespielten Stücke La Cocarde tricolore von Theodor und Hippolyte Cogniard. Chauvin ist ein harmloser Mensch. Er ist Soldat durch und durch, meint, daß ein französischer Soldat alles leisten könne, was man irgend von ihm verlange, hegt aber keine Abneigung gegen Ausländer. Also es bedeutet: soldatischer Geist, Berufsstolz des Soldaten in der Beschaffenheit, die sich bei einer gewissen unschädlichen Beschränkung von selbst ergibt. Ob der Erfolg des genannten Stückes (es ist ein Schauspiel) bedeutend genug war, um die Verbreitung des Wortes als eines Gattungsnamens zu erklären, konnte Tobler nicht feststellen. Er meint schließlich: „den Betreibern der Fremdwörter hat wird es schwerlich gelingen, ein Wort anzuschaffen, das an die Stelle des vieldeutigen französischen treten könnte. Verdienstlicher wäre ohne Zweifel die Ausrottung der Sache als die des Namens; aber Sache und Name haben nicht die näm-

